

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 11, Teil II

By Ms. Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Status : - Member

Vorschlag des Präsidiums

Artikel 11: [Asyl]

(1) Die Union entwickelt eine gemeinsame **Politik im Bereich Asyl und vorübergehender Schutz**, mit der jedem Drittstaatsangehörigen, der internationalen Schutz benötigt, ein geeigneter Status angeboten und die Einhaltung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung gewährleistet werden soll. Diese Politik steht in Übereinstimmung mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951, dem Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und den anderen einschlägigen Verträgen.

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze oder Rahmengesetze **zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Asylregelung**, die Folgendes umfassen:

- einen in der ganzen Union gültigen einheitlichen Asylstatus für Drittstaatsangehörige,

Änderungsvorschlag

Artikel 11: [Asyl]

(1) Die Union entwickelt eine gemeinsame **Flüchtlingspolitik**, mit der jedem Drittstaatsangehörigen, der internationalen Schutz **vor staatlicher oder nicht staatlicher Verfolgung** benötigt, ein geeigneter Status angeboten und die Einhaltung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung gewährleistet werden soll. Diese Politik steht in Übereinstimmung mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951, dem Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und den anderen einschlägigen Verträgen, beschränkt sich nicht auf staatliche Verfolgung. **Sie berücksichtigt geschlechtsspezifische Fluchtgründe wie auch die Flucht vor Kriegsdiensten.**

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze oder Rahmengesetze, die Folgendes umfassen:

- einen in der ganzen Union gültigen einheitlichen Asylstatus für Drittstaatsangehörige,

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> – einen einheitlichen subsidiären Schutzstatus für Drittstaatsangehörige, die zwar keinen europäischen Asylstatus erhalten, aber dennoch internationalen Schutz benötigen, – einen einheitlichen vorübergehenden Schutzstatus für Vertriebene im Falle eines Massenzustroms, – ein gemeinsames Verfahren für die Gewährung und den Entzug des Asyl- bzw. des subsidiären oder vorübergehenden Schutzstatus, – Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf Asyl oder subsidiären Schutz zuständig ist, – Normen für die Aufnahmebedingungen von Personen, die Asyl oder subsidiären bzw. vorübergehenden Schutz beantragen. <p>(3) Sehen sich ein oder mehrere Mitgliedsstaaten einer Notlage aufgrund eines plötzlichen Zustroms von <i>Staatsangehörigen dritter Länder</i> gegenüber, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit Verordnungen oder <i>Beschlüsse</i> erlassen, die vorläufige Maßnahmen <i>zugunsten der betreffenden Mitgliedstaaten</i> vorsehen.</p> <p>Er <i>beschließt auf Vorschlag der Kommission</i> und nach Anhörung des Europäischen Parlaments.</p> | <ul style="list-style-type: none"> – einen einheitlichen subsidiären Schutzstatus für Drittstaatsangehörige, die zwar keinen europäischen Asylstatus erhalten, aber dennoch internationalen Schutz benötigen, – einen einheitlichen vorübergehenden Schutzstatus für Vertriebene im Falle eines Massenzustroms, – ein gemeinsames Verfahren für die Gewährung und den Entzug des Asyl- bzw. des subsidiären oder vorübergehenden Schutzstatus, – Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf Asyl oder subsidiären Schutz zuständig ist, – Normen für die Aufnahmebedingungen von Personen, die Asyl oder subsidiären bzw. vorübergehenden Schutz beantragen. <p>(3) Sehen sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer Notlage aufgrund eines plötzlichen Zustroms von <i>Drittstaatsangehörigen</i> gegenüber, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit <i>auf Vorschlag der Kommission</i> Verordnungen oder <i>Entscheidungen</i> erlassen, die vorläufige Maßnahmen vorsehen.</p> <p>Er <i>erlässt Verordnungen nach Zustimmung und Entscheidungen</i> nach Anhörung des Europäischen Parlaments.</p> |
|---|--|

Explanation (if any) :

Absatz 3: Die hier zu berücksichtigende Dringlichkeit wie auch die Vorläufigkeit der Maßnahmen rechtfertigt einerseits eine größtmögliche Flexibilität. Gleichwohl bedarf der Erlass von allgemein gültigen Rechtsakten stets der parlamentarischen Zustimmung (vgl. Art. 16 des Präsidiumsvorschlags).